Coronakrise: Bahn prellt Schwerbehinderte um Erstattung

30.10.2020, 12:21 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Bürgerinitiative "FAIRES OEG"*
Presseagentur: *SOKO Opferschutz*



"Der Coronaherbst 2020", Fotocollage von Christophe DIDILLON 2020

Die Bürgerinitiative FAIRES OEG / SOKO Opferschutz wurde von einem Mitglied informiert, dass die Bahn bei der Erstattung von Tickets nicht auf die Situation von schwerbehinderten und chronisch erkrankten Menschen in der Coronakrise Rücksicht nimmt. So entsteht eine unverhältnismäßige Benachteiligung: ein Mitglied der Bürgerinitiative hatte im November 2019 Fahrkarten für eine Reise im Mai 2020 gekauft. Diese Reise konnte wegen der Coronakrise nicht angetreten werden. Die Gültigkeit der Tickets wurde von der Bahn bis Ende Oktober 2020 verlängert. Doch der Betroffene konnte die Reise bis heute nicht antreten: er ist schwerbehindert und leidet zugleich an einer chronischen Erkrankung. Damit gehört er zur besonderen Risikogruppe, und er konnte die Fahrt bis heute nicht antreten. "Überdies hat die Regierung seit Beginn der Coronakrise ausdrücklich davor abgeraten, Reisen zu unternehmen, und die Coronakrise war ja seit dem ersten Lockdown zu keiner Zeit vorbei. Nicht zuletzt deshalb verzichtete ich auf die Reise. Außerdem wäre es für mich eine außerordentliche Belastung gewesen, mit meiner chronischen Erkrankung stundenlang mit einer Maske im Zug zu sitzen. Ich habe das einmal gemacht, weil ich zu einer Tagung musste, die sehr wichtig war. Aber es war sehr beschwerlich, und ich sehe keine Möglichkeit, derzeit eine Privatreise zu machen. So wendete ich mich Anfang der Woche an die Deutsche Bahn und bat um Erstattung der Tickets. Die Bahn teilte mir nur lapidar mit, dass ich das Ticket ja noch bis zum 31. Oktober 2020 nutzen könne und eine Erstattung nicht erfolge", so der Geschädigte, welcher zudem aufgrund unverschuldet erlittener Gewalttaten voll erwerbsgemindert ist und von Grundsicherung lebt: "Auch wenn die Tickets vergleichsweise günstig waren, ist für mich der Schaden erheblich. Schließlich muss ich jeden Pfennig dreimal umdrehen".

Unter dem Hintergrund, dass die Coronapandemie seit ihrem Ausbruch und dem ersten Lockdown im März zu keiner Zeit unterbrochen war, stellt sich die Frage, ob eine Befristung der Verlängerung der Gültigkeit überhaupt zulässig war. Richtiger wäre es doch gewesen, die Gültigkeit der Tickets zumindest bis zum Ende der Pandemie zu verlängern - oder aber diese Tickets zu erstatten", so Kakuro Kurkuma von der SOKO Opferschutz.

Das Problem betrifft zwar grundsätzlich auch andere Fahrgäste, doch zumindest bei schwerbehinderten und chronisch

erkrankten Menschen sollte die Deutsche Bahn deutlich mehr Kulanz obwalten lassen. Schließlich ist die Deutsche Bahn ein bundeseigener Eisenbahnkonzern, und es besteht eine besondere Fürsorgepflicht für schwerbehinderte und chronisch erkrankte Menschen, auch unter dem Hintergrund, dass die Bundesregierung die Angehörigen dieser Risikogruppe zu besonderer Vorsicht in Coronazeiten ermahnt hat, nicht notwendige Reisen zu vermeiden. Genau diesen Rat hat der Geschädigte befolgt, und er dankt, wenn die Bahn die Tickets entweder erstattet oder aber deren Gültigkeit bis zum Ende der Coronapandemie velängert. Eine Praxis übrigens, welche auch im Falle anderer Fahrgäste zu überlegen wäre, die im November 2019 ihre Tickets gebucht haben. Niemand hat damals vorhersehen können, was da auf uns zukommt. Und für die Bahn entsteht kein zusätzlicher Schaden, wenn sie die Gültigkeit der Tickets der Geschädigten bis nach Beendigung der Coronapandemie verlängert...

Portrait

Die Bürgerinitiative "Faires OEG" (SOKO Opferschutz) kämpft im Namen und mit Unterstützung von zahlreichen Geschädigten sowie unterstützenden Fachexperten (u.a. die renommierte Traumaärztin Dr. Luise Reddemann) um faire Anerkennung und das bißchen späte Gerechtigkeit für die Überlebenden von Gewalt und Missbrauch. Seit mehreren Jahren tauschen die Mitglieder der Initiative in verschiedenen Foren im Internet regelmäßig mit anderen Geschädigten Erfahrungen mit Ämtern, Gerichten und von diesen beauftragten Gutachtern aus. Die Bürgerinitiative "Faires OEG" setzt sich für eine Verbesserung der Verfahren auf Opferentschädigung und Berufschadensausgleich zum Wohle der traumatisierten Menschen ein. Hintergrund sind die Enthüllungen eines Whistleblowers aus der Landesverwaltung Niedersachsen. Demnach beauftragen seit Jahren Sozialbehörden und Sozialgerichte in den Ländern Niedersachsen und Bremen wie auch in anderen Bundesländern zwecks Kosteneinsparung systematisch und regelmäßig korrupte ärztliche Gutachter, welche massenhaft unrichtige Gesundheitszeugnisse zum Schaden von zum Teil schwerst traumatisierten Menschen und ihrer Ansprüche auf Berufsschadensausgleich und Opferentschädigung anfertigen. Die Auswahlverfahren von Gutachten sollen nach Forderung der Bürgerinitiative "Faires OEG" künftig transparent gestaltet werden und die Gutachter sollen künftig zuerst fachliche Eignungen auf dem neuesten Stand der medizinischen Traumaforschung erworben haben, bevor sie einen Gutachtenauftrag annehmen dürfen. Außerdem soll die Anzahl der Gutachtenaufträge pro Arzt und pro Jahr begrenzt werden und eine parallele Beauftragung durch beklagte Exekutive und rechtsprechende Judikative unterbunden werden.

Sprecher der Initiative ist Christophe Didillon aus Norden: "Parallel zur Landtagspetition haben wir bei change.org eine öffentliche Petition eingestellt, welche von jedem gezeichnet werden kann. Wir danken allen, die mit ihrer Unterstützung unserer Petition mehr Gewicht verleihen und damit die Rechte von Schwerbehinderten und Gewaltopfern stärken. Für die meisten von uns geht es schlicht und ergreifend um die nackte Existenz. Bitte informieren Sie auch Ihre Bekannten und Freunde von unserer Petition! Gemeinsam sind wir stark!"

Link zur Petition bei change org http://chng.it/cKzsVbDSnC

Link zum kompletten Geständnis des behördlichen Whistleblowers: https://www.openpr.de/news/1046773.html

News-ID: 1106017 • Views: 1188 (Stand: 03.11.2026)

Link zur Pressemitteilung:

https://www.openpr.de/news/1106017/Coronakrise-Bahn-prellt-Schwerbehinderte-um-Erstattung.html